

Michael Schwellenbach:

Time to Act

Gestalten wir die Zukunft -

*warum wir einen neuen Gesellschaftsvertrag benötigen,
um in der Zukunft ohne Arbeit zu überleben.*



Vorwort

Ich habe lange mit mir gerungen, ob ich diese Analyse der Öffentlichkeit vorlegen sollte oder nicht. Konkreter Auslöser für die Entscheidung, es doch zu tun, war die Lektüre des Buches von *Jeremy Rifkin: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft – Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert*. Jenes Buch halte ich für eine brillante Analyse der auf die Menschheit zukommenden Probleme und Herausforderungen. Was ich jedoch in keiner Weise teile, sind Rifkins fast schon apokalyptischen Folgerungen aus seiner Analyse. Ich bin vielmehr davon überzeugt, dass uns ein Umsteuern gelingen kann und zuversichtlich, dass dieses Umdenken und Umsteuern rechtzeitig erfolgen wird, so dass der positive Zukunftspfad eingeschlagen wird, den Rifkin ebenfalls als möglich ansieht, hinsichtlich dessen Erreichbarkeit er aber insgesamt eher skeptisch zu sein scheint.

Ich denke, dass ein rechtzeitiges Umsteuern und ein Ziel, das nicht weniger als ein komplett neuer Gesellschaftsvertrag sein muss, jede noch so bescheidene Unterstützung gebrauchen kann. Und diese Überlegung hat den Ausschlag für mich gegeben, dieses Buch doch zu schreiben. Ich bin sicher, in allen politischen Lagern und bei allen wirtschaftlichen Interessenvertretern (Arbeitsgeberverbände, Gewerkschaften) sowohl begeisterte "Genauso ist es!" wie auch entgeisterte "Der Autor hat sie wohl nicht mehr alle!" hervorzurufen. Und wenn die Reaktion derart sein sollte, werde ich dies als Bestätigung.

Ich bin parteipolitisch ungebunden und in keinem wirtschaftlichen Interessenverband engagiert. Zu meiner Vita finden sich Informationen im Klappentext. Meine Ungebundenheit gibt mir die intellektuelle Unabhängigkeit, unvoreingenommen zu analysieren und mich erforderlichenfalls mit allen Seiten anzulegen. Ich hoffe um der Sache, d.h. um der Zukunft unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems willen, dass am Ende der Lektüre bei allen Lesern das Gefühl übrigbleibt, erwägenswerte Gedanken kennengelernt zu haben, die hier präsentierten Gedanken diskutieren (auch gern mit mir!) und erwägen zu wollen. Aber ich bin mir bewusst, dass ich ein hohes Risiko eingehe, zum exakten Gegenteil von 'anybody's darling' zu werden.

Die Gedanken und Analysen verlangen der Leserin und dem Leser Einiges an Bereitschaft zu Phantasie und unkonventionellem Denken ab. Aber ich bin sicher, dass der Inhalt dieser Schrift die Mühe lohnen wird. Ich möchte Sie alle zu einer Reise einladen, an deren Ende hoffentlich ein Stück Neues Denken stehen wird.

Münster, Sommer 2005



Seite 3 von 32

Autor:

Diplom-Volkswirt Michael Schwellenbach, geboren 1961,
berufliche Erfahrungen: IT, Technologietransfer, Projektmanagement, Unternehmens-
beratung, Coaching
Gründer und Inhaber der M.S. consult Michael Schwellenbach Coaching & Consulting
in Münster (Unternehmensberatung und Unternehmercoaching).

Gliederung:

1. gesellschaftspolitische Herausforderungen
 - Mehrfache, sich überschneidende Teufelskreise ==> potenzierte Probleme
 - Anspruchsmentalität
 - "Politikverdrossenheit"
 - Zukunft der Arbeit
2. "Die alte Logik gilt nicht mehr"
 - Warum nicht?
 - Was heißt das für die Wirtschaftspolitik?
3. Der neue Gesellschaftsvertrag
 - Weg von der einseitigen Orientierung an sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit
 - Neuer 'Wirtschaftssektor' Sozialwirtschaft
 - 'Parallelwährung' Sozial-Dollar
 - Konvertibilität der beiden Währungssysteme
 - Drastische Entbürokratisierung und Ent-Staatlichung
 - Skizze eines einfachen und rationalen Steuer- und Abgabensystems
 - Anmerkungen zur Intergenerationen-Solidarität

Ausblick: Wie kann ein solches Mammutprogramm umgesetzt werden?

Mehrfache, sich überschneidende Teufelskreise ==> potenzierte Probleme

An dieser Stelle sollen **zunächst nur monetäre Aspekte** diskutiert werden. Was die Arbeitslosigkeit und der damit einhergehende Verlust von Selbstwertgefühlen und Selbstidentifikation für den Betroffenen in psychologischer Hinsicht bedeutet, ist Gegenstand späterer Erörterungen.

*Ich verzichte hier ganz bewusst auf jede Aussage, die als Schuldzuweisung an die eine oder die andere Regierungspartei missverstanden werden könnte. Es geht mir zu allerletzt darum, irgendwen als "schuldig" an der gegenwärtigen Situation zu identifizieren und anzuprangern; vielmehr haben wir alle gemeinsam die Verantwortung (und stehen vor der Herkules-Aufgabe), "den Karren flott-" und unsere **Gesellschaft zukunftsfähig zu machen**.*

Zunächst besteht das Dilemma, dass jeder Arbeitnehmer, der seinen Arbeitsplatz verliert, in diesem Moment fiskalisch **von einem Beitragszahler zu einem Leistungsempfänger mutiert**. Das bedeutet, dass er nicht nur keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge mehr entrichtet (und, wenn der Arbeitsplatz nicht neu besetzt wird, auch die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, die auf diesen Arbeitsplatz entfielen, nicht mehr entrichtet werden), sondern außerdem er zu einem Empfänger staatlicher Transferleistungen wird. Mit anderen Worten: **Jeder arbeitslos werdende Mensch belastet die Finanzkraft der öffentlichen Hände doppelt**.

Grundsätzlich kann Arbeitslosigkeit unterschiedliche Ursachen haben und dementsprechend unterschiedlich bekämpft werden: In der Vergangenheit wurde Arbeitslosigkeit aus gutem Grund als Phase zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen angesehen ("Sucharbeitslosigkeit"). Wenn diese Phase im individuellen Fall eine bestimmte Dauer überstieg, wurden die Ursachen wahlweise (und z.T. je nach Gusto des Analysierenden) entweder in Vermittlungsdefiziten auf seiten der Bundesanstalt für Arbeit oder in Qualifizierungsdefiziten auf seiten der Arbeitslosen gesehen. Beides öffnete Raum für Aktionen der sog. "aktiven Arbeitsmarktpolitik", die mit Millionenaufwand bemüht waren, die Vermittlungsprozesse schneller und effizienter zu gestalten und mit breit angelegten Qualifizierungsprogrammen die – fachlichen und außerfachlichen – Qualifikationen der Arbeitslosen marktgerecht zu verbessern.

Durchgreifende Erfolge im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit blieben dieser aktiven Arbeitsmarktpolitik versagt – logischerweise, da die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit entweder verkannt worden waren oder sich, von der Politik unbemerkt, fundamental geändert hatten.

War also die Ursache für steigende Zahl und Dauer von Arbeitslosigkeit nicht in Qualifizierungs- oder Vermittlungsdefiziten zu suchen, dann musste sie wohl in der (zu geringen) Bereitschaft der Betroffenen liegen, andere Arbeit anzunehmen. Diesem Missstand wurde mittels Lohnabstandsgeboten und Zumutbarkeitsanordnungen versucht, entgegenzuwirken. Da das Lohnabstands-

gebot, also der Unterschied zwischen Leistungseinkommen und Transfereinkommen, nicht durch Erhöhung der Leistungseinkommen administriert werden konnte, mussten die Transfereinkommen tendentiell abgesenkt werden. Die Zumutbarkeit wurde sukzessive verschärft; beides hatte ebenfalls keinen durchgreifenden Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zur Folge, sondern wurde von vielen Betroffenen lediglich als "Kampf gegen die Arbeitslosen" verstanden mit den negativen Konsequenzen für die Akzeptanz politischer Maßnahmen.

In Deutschland kommt erschwerend und den Problemdruck potenzierend hinzu, dass hierzulande umlagefinanzierte soziale Sicherungssysteme bestehen, die ausschließlich am Faktor menschlicher Arbeit als Bemessungsgrundlage anknüpfen. Das bedeutet in einer Situation weniger werdender Beitragszahler bei gleichzeitig massiv steigenden Kosten (nicht zuletzt aufgrund so begrüßenswerter Ereignisse wie steigender Lebenserwartung, verbesserter medizinischer Versorgung aufgrund erfolgreicher Medizin- und Pharmaforschung etc.) massiv steigende Beiträge der verbleibenden Zahler und damit massiv steigender Personalkosten für Arbeitgeber. Dieser Mechanismus schafft den Anreiz zur beschleunigten Ersetzung von menschlicher Arbeit durch (sozialversicherungsfreie) Maschinenarbeit. Dies treibt die Arbeitslosenzahl weiter in die Höhe mit den oben beschriebenen Konsequenzen usw.

Die demographische Entwicklung rückläufiger Geburtenraten entspannt kurz- bis mittelfristig die Situation am Arbeitsmarkt (weniger Erwerbsfähige würden rechnerisch bei einer gegebenen Zahl von Arbeitsplätzen eine verringerte Unterbeschäftigung ergeben) und verschärft die Problematik in der gesetzlichen Rentenversicherung nur virtuell, weil nicht das Verhältnis (Rentenbezieher : Erwerbsfähige) über die Beitragsbelastung bestimmt, sondern vielmehr das Verhältnis (Rentenbezieher : Beitragszahler), und letzteres wird nicht von der Zahl der Erwerbsfähigen, sondern von der Zahl der Erwerbstätigen bestimmt, die auch in der absehbaren Zukunft kleiner sein wird als die der Erwerbsfähigen. Mittel- bis langfristig ist die demographische Entwicklung eher dazu angetan, die Probleme am Arbeitsmarkt noch zu verschärfen, da ein Bevölkerungsrückgang tendentiell einen Nachfragerückgang (und damit eine Produktionsdrosselung seitens der Unternehmen) nach sich ziehen wird. Das heißt im Klartext, dass die negativen Netto-reproduktionsraten in den entwickelten Industrienationen langfristig die skizzierte Problematik eher verschärfen dürften

Anspruchsmentalität

Die Gesetzgebung zu "Neuen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (Hartz-Gesetze) war ursprünglich angetreten mit dem Grundgedanken eines "Zweiklangs aus Fordern und Fördern", um die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit abzukürzen und das Tempo und die Effizienz der Vermittlung arbeitslos Gewordener in neue Arbeitsverhältnisse zu erhöhen.



Der angestrebte Zweiklang brach jedoch (zwangsläufig !) auseinander, weil nicht annähernd genug neu zu besetzende Arbeitsplätze zur Verfügung standen und stehen, um selbst mit einer unendlich schnellen und höchst effizienten Vermittlung den "Fördern" - Aspekt gleichgewichtig zu realisieren. Somit blieb also einzig der "Fordern"-Aspekt übrig, der von den Betroffenen als unfair empfunden wurde (werden musste), da sie nach eigener Einschätzung keinerlei Chance haben, der "Hartz-IV-Keule" zu entgehen, und wenn sie noch so arbeitswillig und bereit zu Status- und Gehaltsabstrichen sind.

Auch die Hartz-Gesetzgebung ging also von falschen Vermutungen über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit aus und versuchte, das Problem mit letztlich ungeeigneten Mitteln zu bekämpfen. Wenn auch auf der Sollseite einer "Hartz-Bilanz" steht, einmal mehr mit unhaltbaren Versprechungen das Vertrauenskapital der Betroffenen verspielt zu haben, so bleibt auf der Habenseite ihr einziges positives Überbleibsel: Ein erster Schritt, die Anspruchsmentalität der Deutschen wenn nicht gebrochen, so doch zumindest erschüttert zu haben, derzufolge jeder und jede Deutsche das quasi-naturgesetzliche Anrecht hat, dass es ihm oder ihr in jedem beliebigen Jahr x um mindestens 5 Prozent besser als im Vorjahr geht.

Die immer noch weit verbreiteten Reste dieser Anspruchsmentalität und das allzu weit verbreitete Besitzstandsdenken, demzufolge jede irgendwann in der Vergangenheit einmal genossene Wohltat einen gleichsam wohlervorbenen und unantastbaren Besitzstand darstellt, sind die bedeutendsten Hemmschuhe für einen zukunftsgerechten Umbau der bundesdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft.

Angebliche Politikverdrossenheit:

Quer durch alle Parteien erhebt sich nach jeder Landtags- oder Kommunalwahl mit rückläufiger Wahlbeteiligung das Lamento über die angebliche Politikverdrossenheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger. Meines Erachtens geht dieses Lamento an den tatsächlichen Zusammenhängen vorbei: Die deutsche Wählerin und der deutsche Wähler sind mitnichten politikverdrossen, sondern vielmehr parteien- und politikerverdrossen. Und das hat seinen Grund im Verhalten und im Auftreten der bundesdeutschen Parteipolitiker, im gleichsam bedingten Reflex der politischen Klasse, alle Vorschläge, Ideen und Äußerungen des politischen Gegners a priori als untauglich zur Lösung anstehender Probleme abzuqualifizieren. Die Gedanken der politisch Verantwortlichen aller Parteien kreisen **in der Wahrnehmung der Bevölkerung** fast ausschließlich um Personalfragen und um parteistrategische und -taktische Erwägungen mit Blick auf Machterhalt bzw. Machtgewinn (in den Ohren der Bürgerinnen und Bürger unzulänglich als "Regierungsverantwortung" verbrämt).

Allfällige Skandale und Skandälchen sowie Einzelfälle schamloser Bereicherung nähren die Einschätzung der Öffentlichkeit, die Parteien hätten sich diesen Staat zur Beute gemacht und stritten jetzt lediglich noch um die Aufteilung dieser Beute.

Mir ist klar und es bedarf keinerlei Diskussion, dass eine solche Pauschalbe- und -verurteilung vielen äußerst engagierten und hoch motivierten Politikern Unrecht tut, aber diese Wahrnehmung als solche ist ein Faktum und als solches in höchstem Maße ursächlich für das als "Politikverdrossenheit" des Volkes missverständene Phänomen.

Was wir zur Lösung der sich vor uns auftürmenden Fragen dringend benötigen, ist eine **informelle Große Koalition der Vernunft**, in der zwar intensiv und hart um die richtigen Antworten gerungen wird, aber danach die als richtig und notwendig erkannten Maßnahmen konsequent und kompromisslos ohne Rücksicht auf Partikularinteressen umgesetzt werden.

Und die Richtschnur für "richtige" Maßnahmen kann auch nicht – anders als von Parteipolitikern jeglicher Couleur in jüngerer Zeit gern konstatiert – darin bestehen "sozial ist, was Arbeit schafft" (mit dem Fokus auf sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit, da diese wie gezeigt und noch zu zeigen tendentiell rückläufig ist und bleiben wird bzw. branchenweise sogar schon im Verschwinden begriffen ist) – *dieser Logik zufolge würde es faktisch keine "richtige" Politik geben können, das 'Ende der Politik wäre gekommen.*

Als Richtschnur für "richtiges" Handeln sollte vielmehr etwas in der folgenden Art fungieren: "Sozial und damit gerecht ist jede Maßnahme, die das Individuum besser in den Stand versetzt, sein Leben eigenverantwortlich zu gestalten und seinen Platz in der Gesellschaft angemessen wahr- und einzunehmen".

Die Zukunft der Arbeit:

Uns, das heißt faktisch der gesamten Menschheit, steht ein beispielloser Umbruch bevor. In dieser und der folgenden Generation wird unweigerlich ein neues Zeitalter beginnen. Wir stehen derzeit noch am Anfang eines alle Bereiche der Gesellschaft erfassenden Prozesses, der mittelfristig zum **Verschwinden** oder zumindest zur Marginalisierung **menschlicher Produktionsarbeit** führen wird. Das Faktum ist unausweichlich, die technologische Entwicklung lässt sich weder aufhalten noch spürbar abbremsen. Gleichwohl ist es an uns, den Prozess human zu gestalten und allzu abrupte Umbrüche sozial verträglich abzufedern. Welchen Weg in die Zukunft) wir nehmen werden, hängt zentral davon ab, ob es gelingen wird, die Früchte des enormen Produktionszuwachses gerecht zu verteilen. Wir sind gefordert, die uns noch zur Verfügung stehende Zeit bestmöglich zur Gestaltung des Wandels zu nutzen.



Die Aufgabe besteht in nicht mehr und nicht weniger als in einem komplett neuen Gesellschaftsentwurf, dem Verhandeln und Abschließen eines neuen Gesellschaftsvertrages, der den veränderten Paradigmen Rechnung trägt.

Arbeitsplatzvernichtung, d.h. der Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen, ist nur sehr bedingt eine Funktion der Arbeitskosten im allerweitesten Sinn. Rationalisierung an praktisch jedem Arbeitsplatz wird schon erzwungen durch die Notwendigkeit, im (nationalen und globalen) Wettbewerb Geschwindigkeitsvorteile zu erwerben bzw. Geschwindigkeitsnachteile zu vermeiden ("Zeit wird zum alles entscheidenden Kriterium", Rifkin, S. 103). Monetäre Kostenfaktoren beeinflussen damit allenfalls das Rationalisierungstempo, indem sie die Dringlichkeit der Rationalisierung und die Rentabilität der Investition beeinflussen.

Es ist eine Chimäre, "Arbeit schaffen" zu wollen (im Sinne von Erwerbsarbeit). Menschliche Arbeit kann nicht einmal zu menschenunwürdigen Konditionen dauerhaft gegen Maschinenarbeit konkurrieren. "Überzogene" Arbeitsbedingungen (Personalkosten, Urlaubsansprüche, Lohnfortzahlung, Mitbestimmung, Kündigungsschutz ... oder was auch immer der jeweilige Redner darunter verstehen mag) beschleunigen lediglich den Trend zur Abschaffung von Erwerbsarbeitsplätzen. Umgekehrt können Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen (also Abschaffung des als "überschiessend" eingestuft mit dem Ziel, existierende Arbeitsplätze zu sichern) den Trend lediglich temporär bremsen; mittelfristig wird der Trend wieder greifen, und man muss sich vor der Gefahr hüten, mit der Verschlechterung die Kaufkraft der noch Arbeitenden so weit abzusenken, dass dies den Trend zum Arbeitsplatzabbau wieder beschleunigt:

"Noch steht die Umstrukturierung unserer Unternehmen erst am Anfang, aber schon jetzt steigt die Arbeitslosigkeit an. die Kaufkraft sinkt, und die heimischen Volkswirtschaften leiden an den Folgen der Entschlackung. All diese Probleme werden sich in den nächsten Jahren noch wesentlich verschärfen, wenn die Firmen einem stärkeren globalen Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein werden und mit Hilfe immer leistungsfähigerer Informations- und Telekommunikationstechnologien ihre Produktivität weiter steigern und den Bedarf an Arbeitskräften vermindern werden. In der Landwirtschaft, in der Industrie und im Dienstleistungsbereich werden immer mehr Produkte von immer weniger Menschen hergestellt, vermarktet und verkauft. Im nächsten Kapitel werden wir sehen, dass die technologische Entwicklung uns einer Welt ohne Arbeit ständig näherbringt, und dies, ehe wir noch die Gelegenheit hatten, uns über die tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen Gedanken zu machen und entsprechende Maßnahmen zu treffen." (Rifkin, S. 106)

Unstrittig dürfte sein, dass mit einem behutsamen Abschmelzen direkter und indirekter Personalnebenkosten der Rationalisierungsdruck verringert und so Zeit erkaufte werden kann, um die erforderlichen politischen Maßnahmen zur Erreichung eines neuen Gesellschaftsvertrages als breiten gesellschaftlichen Konsens zu beschließen und auf den Weg der Umsetzung zu bringen.

Behutsamkeit und Augenmaß sind bei dieser Strategie ebenso erforderlich (um ein "Überschießen der Kaufkraftverluste" mit den oben beschriebenen Konsequenzen zu vermeiden und den "schmalen Weg zwischen Charybdis und Skylla" zu finden und darauf zu bleiben) wie der bewusste und explizite Verzicht aller Beteiligten auf die Artikulation und Durchsetzung von Partikularinteressen (damit nicht dieser Reformversuch das Schicksal aller vorangegangenen Versuche teilt, im Konflikt der Partikularinteressen bis zur Unkenntlichkeit verwässert zu werden).

"Wenn in der Vergangenheit in einem Wirtschaftssektor durch eine technologische Revolution die Mehrzahl der Arbeitsplätze verloren zu gehen drohte, entstand immer rechtzeitig ein neuer Sektor, der die überschüssigen Arbeitskräfte aufnahm. Viele Millionen Menschen, die durch die schnelle Mechanisierung in der Landwirtschaft arbeitslos geworden waren, fanden Unterschlupf in der aufblühenden Industrie. Als diese von der Automatisierung erfasst wurde, wanderten die Arbeiter in den schnell wachsenden Dienstleistungsbereich ab. Heute aber, da alle diese Sektoren neuerlichen Umstrukturierungen und einer weiteren Automation ausgesetzt sind, gibt es keinen Bereich mehr, der die Abermillionen Arbeitslosen aufnehmen könnte." (Rifkin, S. 77)

Im folgenden Abschnitt werde ich zeigen, warum und inwiefern sich die der Weltwirtschaft zugrundeliegende Logik fundamental verändert hat und welche Auswirkungen dieser Paradigmenwechsel auf die Zukunft menschlicher Erwerbsarbeit hat. Und ich werde zeigen, warum die existierenden Rezepte nicht greifen und warum ein "Mehr desselben" nichts dazu beitragen wird, das Problem der massenhaften Unterbeschäftigung zu lösen. Und schließlich werde ich skizzieren, warum eine verstärkte Industrialisierung der Entwicklungsländer das Problem nicht lösen, sondern lediglich vertagen und verschärfen würde und weitere (z.B. klimatische) Probleme erzeugt.

DIE ALTE LOGIK GILT NICHT MEHR:

Zwei Faktoren zusammengenommen bewirken, dass die alte Logik, die in den letzten 200 Jahren unseren Wirtschaftsprozess bestimmt hat, den Wirtschaftsprozess in Zukunft nicht mehr bestimmen wird. Zum einen sind die impliziten Gültigkeitsbedingungen grundlegender volkswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten nicht mehr erfüllt, wie im folgenden gezeigt wird:

Die traditionelle Einschätzung der Arbeitsplatzwirkungen neuer Technologien hängt zu einem Gutteil mit der Gültigkeit des **Say'schen Theorems** zusammen und von ihr ab. Dieses Theorem besagt im Grundsatz, dass ein erhöhtes Angebot sich seine erhöhte Nachfrage selbst schafft. Alle Erfahrung der Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Aussage wahr war, und so sind die Bedingungen für die Gültigkeit dieses Zusammenhangs aus dem Bewusstsein verschwunden: Das Say'sche Theorem ist zu



einer Zeit formuliert worden, als massiv unterbefriedigte Nachfrage der Regelfall war. Weite Bevölkerungskreise konnten sich nicht annähernd eine ausreichende Versorgung mit Gütern und Leistungen des täglichen Lebens leisten.

An diese implizite Bedingung der Existenz eines beträchtlichen Maßes an **unbefriedigten Bedürfnissen** war und ist die Gültigkeit des Say'schen Theorems geknüpft. Gemäß der Maslow'schen Bedürfnispyramide existieren nebeneinander Bedürfnisse verschiedener Hierarchiestufen (Grundbedürfnisse wie Essen, Trinken, Schlafen; Sicherheitsbedürfnisse, Statusbedürfnisse, Luxusbedürfnisse. Es gilt der Grundsatz, dass ein Individuum sich der Befriedigung von Bedürfnissen der nächsthöheren Stufe zuwendet, wenn und solange alle Bedürfnisse der aktuellen Stufe befriedigt sind). Als im Zeitablauf aufgrund sinkender Preise im Gefolge rationellerer Herstellbedingungen immer weitere Bevölkerungskreise im Stande waren, auch ihre "höheren" Bedürfnisse zunehmend problemloser zu befriedigen, also eine weitestgehende Vollversorgung der Bevölkerung über das lebensnotwendige Mindestmaß hinaus erreicht war, konnte das Say'sche Theorem eine Zeit lang künstlich verlängert werden, indem über gezielte Werbekampagnen weiten Bevölkerungskreisen ein **unbefriedigter Bedarf** eingeredet wurde und wird. Der Unterschied: Während Bedürfnisse zumindest latent vorhanden sind, wird Bedarf erst von Anbieterseite erzeugt bzw. geweckt, um ihn dann befriedigen zu können.

Spätestens mit zunehmender Verbilligung [und damit faktischer Ent-Wertung] der Produkte stößt auch diese Strategie an ihre Grenzen und kann in der Zukunft nicht mehr durchgehalten werden. (Es fällt zunehmend schwerer, irgendjemandem seinen Bedarf für das Dritthandy oder den Zweit-Laptop zu vermitteln).

Der zweite Faktor, der zum Zusammenbruch der alten Logik geführt hat, ist die Tatsache, dass in der Vergangenheit immer dann, wenn in einer Industrie oder einem Wirtschaftszweig die Arbeitsnachfrage dramatisch eingebrochen ist, praktisch zeitgleich ein anderer Wirtschaftszweig entstand, der eine tendenziell gleich hohe Arbeitsnachfrage aufwies. Nach den erforderlichen Anpassungsprozessen (Erwerb der neu erforderlichen Qualifikationen durch 'Umschulungen', ggfs. regionale Mobilität der Arbeitskräfte etc.) war damit die gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfrage wieder auf dem alten Niveau. Anpassungen konnten durch verstärkte oder verringerte Erwerbsneigung von Teilbevölkerungen in ausreichendem Umfang erfolgen.

Heute ist die Situation demgegenüber so, dass dramatische Rückgänge der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht isoliert in einem Wirtschaftsbereich zu verzeichnen sind, sondern quer durch die gesamte Wirtschaft Rationalisierungen und damit einhergehend Einsparungen von Arbeitsplätzen zu verzeichnen sind. Neu entstehende Branchen wie die Biotechnologie-Industrie zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen die Arbeitskräftenachfrage eher unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Das bedeutet, dass es keinen Wirtschaftsbereich geben wird, der das Gros der freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen kann. Die beiden Aspekte des Prozesses werden sich erwartungsgemäß

weiter beschleunigen. Somit steht zu erwarten, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfrage auch in Zukunft dramatisch zurückgehen und die Unterbeschäftigung entsprechend zunehmen wird.

Eine solche Umbruchsituation bringt es naturgemäß mit sich, dass die Rezepte der Vergangenheit nicht geeignet sind, in Zukunft mit Erfolg angewendet zu werden und die Herausforderungen der Zukunft bestehen zu helfen.

Die aktuelle Szenerie ist von **Nachfrageeinbrüchen** in allen Bereichen gekennzeichnet:

Die Bürgerinnen und Bürger, die ihren Arbeitsplatz bereits verloren haben, verzeichnen einen drastischen Kaufkraftverlust, der den Absatz und die Absatzerwartungen der Produzenten negativ beeinflusst und damit ihre Arbeitsnachfrage tendenzell weiter verringert.

Eine wachsende **Zukunftsangst** der großen Mehrzahl der Bevölkerung – auch der sich als "Noch-Arbeitsplatzbesitzer" Begreifenden – aufgrund von Arbeitsplatzunsicherheit, hohem Abgabenniveau und Horrorszenarien der zukünftigen Alters-Unterversorgung beeinträchtigt die Bereitschaft und die Fähigkeit, die weniger gewordene Kaufkraft zur Befriedigung nur eingebildeter Bedürfnisse zu mobilisieren, nachhaltig.

Statt der dringend erforderlichen Stimulierung der Binnennachfrage ist im Gegenteil **Konsumabsentismus** weit über das durch Kaufkraftverluste erzwungene Maß hinaus die Folge, und damit eine weitere Erosion der Grundlagen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Was bedeutet das für die Wirtschaftspolitik?

Solange diese fundamental geänderte Logik mit ihren weitreichenden Implikationen von den Verantwortlichen nicht registriert und zum Anlass für einen grundlegend geänderten Gesellschaftsvertrag genommen wird, bleiben staatliche Eingriffe notwendigerweise Stückwerk; jeder Eingriff in ein System zieht ungewollte Fern- und Nebenwirkungen nach sich, die durch neuerliche punktuelle Eingriffe kompensiert werden, die ihrerseits wieder Nebenwirkungen haben etc. Es ergibt sich ein unübersichtliches Patchwork wenig miteinander kompatibler Regelungen, die in ihrer Gesamtheit zwar die angestrebte Einzelfallgerechtigkeit immer noch nicht herstellen, aufgrund ihrer Dichte aber die Eigeninitiative der Individuen zu ersticken drohen, die doch notwendiger wäre als je zuvor.

Weit davon entfernt, schwarzmalen zu wollen, bleibt zu konstatieren, dass es in der gegenwärtigen Situation dringender als je geboten ist, den Wirtschaftssubjekten, den Bürgerinnen und Bürgern die **ungeschminkte Wahrheit** zu vermitteln:

- Das gewohnte System mit der einseitigen Betonung von Erwerbsarbeit ist in Zukunft nicht mehr tragfähig, da in seiner Logik die Mehrzahl der Individuen "durch den Rost fällt".
- Ein neuer Gesellschaftsentwurf ist dringend erforderlich, der andere Formen gesellschaftlich wünschenswerten Engagements ebenso honoriert und wertschätzt.
- Die Politik ist dringend aufgerufen, sich von der allfälligen Suche nach einem Konsens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu verabschieden und als "wirklich großen Wurf" einen solchen neuen Gesellschaftsvertrag anzustreben.
- Das seit Jahren übliche "Herumdoktern" an Symptomen ist der Palliativmedizin vergleichbar und wäre somit nur dann gutzuheißen, wenn der Patient todkrank wäre. Bei einem Patienten mit grundsätzlich positiver Prognose – und so sollte die Menschheit in ihrer Gesamtheit ebenso wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit eingestuft werden – müssen demgegenüber wahrhaft therapeutische Maßnahmen ergriffen werden.
- Diese Maßnahmen müssen so weit wie irgend möglich das System insgesamt sowie die Interdependenzen zwischen seinen [Milliarden von] Systemelementen berücksichtigen, damit unerwünschte Neben-, Wechsel- und Fernwirkungen vermieden und so die Notwendigkeit wiederholter korrigierender Eingriffe minimiert wird.
- Gleichwohl muss eine Aufgabe von dieser Größe und Komplexität pragmatisch angegangen und mit einem hohen Maß an Bereitschaft zu 'try and error' umgesetzt werden, da andernfalls die logische Folge der Größe und Komplexität die dauerhafte Lähmung für den – tendenziell unendlichen – Prozess der Informationsbeschaffung wäre.

Der neue Gesellschaftsvertrag muss Antworten unter anderem auf die folgenden Fragen geben, die an dieser Stelle stichpunktartig umrissen und im folgenden Kapitel ausgiebig diskutiert werden sollen:

- "Sozialwirtschaft" als Ergänzung zur Marktwirtschaft \Leftrightarrow andere Definition von "Arbeit"
- Breiteres Fundament für die sozialen Sicherungssysteme
- Finanzierungsfragen
- Intergenerationen-Solidarität

DER NEUE GESELLSCHAFTSVERTRAG

Ein neuer Gesellschaftsvertrag, wie er zur nachhaltigen Lösung der vor uns liegenden Probleme und zur Meisterung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts unausweichlich erforderlich ist, erfordert nicht mehr und nicht weniger als einen 180° - Wechsel der Perspektiven und der Paradigmen unseres politischen und gesellschaftlichen Denkens und Handelns:

Die Gesetzgeber und die Regelungsinstanzen müssen sich von ihrem Streben nach Einzelfallgerechtigkeit verabschieden. Alle Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, dass dieses Streben nach Einzelfallgerechtigkeit alle Systeme hat unglaublich komplex werden lassen, letztlich ohne das Ideal auch nur annähernd zu erreichen. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Systeme sind alles andere als linear, sondern vielmehr von höchst komplexen Interdependenzen der Systemelemente gekennzeichnet. Jede Maßnahme hat demzufolge nicht nur die direkte, angestrebte Wirkung, sondern darüber hinaus eine komplexe Menge an (zeitlich und räumlich z.Z. sehr weit entfernter) Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen. Da die Interdependenzen der meisten Systeme noch nicht einmal vollständig erkennbar sind, treten einige der angesprochenen Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen höchst überraschend auf und sind z.T. nicht einmal einer Ursache zuzuordnen. Die Beseitigung unerwünschter Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen, die ja dem Streben nach Einzelfallgerechtigkeit zuwiderlaufende Resultate mit sich bringen würden, erfordert neuerliche Eingriffe in das komplexe System, die ihrerseits wieder unerwünschte Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen produzieren, die ihrerseits wieder kompensatorische Maßnahmen erfordern und so weiter und so fort.

Das unausweichliche Resultat ist ein hochkomplexes Maßnahmengewebe, das jedoch von dem angestrebten Ideal der Einzelfallgerechtigkeit lichtjahreweit entfernt ist. Denn solche hochkomplexen Apparate leiden zwangsläufig an der **inhärenten Ungerechtigkeit**, dass sie nur von denjenigen Betroffenen, die intellektuell und materiell mit mehr Ressourcen ausgestattet sind, ansatzweise durchschaut und für die eigenen Zwecke eingesetzt werden können.

Illustrieren wir dies am Beispiel des Steuerrechts, das im Streben nach Einzelfallgerechtigkeit in einen Flickenteppich aus sich zum Teil widersprechenden Regelungen verwandelt worden ist. Erklärtes Ziel ist die Besteuerung jedes Bürgers nach dessen Leistungsfähigkeit. Tatsächlich ist das System derart komplex, dass derjenige, der die meisten Ressourcen zum Auffinden und Nutzen von (legalen) Steuervermeidungsmöglichkeiten aufwenden kann (und das ist dummerweise gleichzeitig der Leistungsstärkste!) seine tatsächliche Steuerlast exorbitant senken kann, während dem einfachen Arbeitnehmer (relativer Geringverdiener) die Einkommensteuer direkt vom Lohn einbehalten wird, die Gestaltungsspielräume objektiv enger sind und die Wahrscheinlich-

keit, dass er alle ihm eigentlich zustehenden Steuersparmöglichkeiten tatsächlich finden und nutzen wird, eher gegen Null tendiert. Im Effekt produziert dieses System also exakt das Gegenteil des Angestrebten.

Wirklich gerecht sind demgegenüber einfache, überschaubare Systeme, die auch von intellektuell Minderausgestatteten verstanden und gehandhabt werden können. Das im Resultat gerechteste Steuersystem ist das von Professor Kirchhoff und anderen angeordnete System der einheitlichen und unterschiedslosen Besteuerung aller Einkunftsarten oberhalb eines Grundfreibetrages mit einem bescheidenen Satz weitestgehend ohne Steuerabzugsfähigkeit irgendwelcher Aufwände. Ein solches System ist nicht per ordre de Mufti von heute auf morgen einzuführen – in der Übergangspgase würde der niedrige Satz greifen und die breitere Bemessungsgrundlage noch nicht, also müsste von vorübergehenden dramatischen Mindereinnahmen ausgegangen werden, außerdem erfordert das Abschaffen von Steuersubventionen aus Gründen des Vertrauensschutzes **Zeit** – aber alle Schritte sollten auf dieses Ziel hinführen.

An dieser Stelle sollte auch eine andere Frage geklärt werden: Was bedeutet Gleichheit, **wieviel Gleichheit ist gerecht**? Da die Menschen offensichtlich in ihren körperlichen und geistigen Anlagen und Voraussetzungen nicht alle gleich sind, ist ebenso offensichtlich, dass jedes **Streben nach Ergebnisgleichheit tendenziell das Gegenteil von gerecht** ist: Abgesehen davon ist es absolut kontraproduktiv, da es den größten Leistungsmotivator im menschlichen Leben ausschaltet. Wenn also im Extremfall staatliches Handeln unter der Devise "Jedem das Gleiche" darauf hinauslief, dem Leistungsbereiten und Talentierten den Großteil der Früchte seiner Arbeit abzunehmen und dem Bequemen, Untalentierten und Leistungsunwilligen das gleiche Ergebnis zuzuteilen, dann wäre die Leistungswille der Leistungsfähigen in kürzester Zeit gebrochen, und die Umverteilungsmasse würde dramatisch weniger, der Kuchen immer kleiner.

Insofern ist also dem Streben nach **Chancengleichheit** eindeutig der Vorzug zu geben. Der Gesetzgeber sollte seine Rolle darauf beschränken, für faire Voraussetzungen zur Teilnahme am Wettbewerb, am Wirtschafts- und Gesellschaftsleben zu sorgen, entsprechende Infrastrukturen zu schaffen, die sicherstellen, dass jeder entsprechend Befähigte teilnehmen kann und keine Diskriminierung aus sachfremden Erwägungen erfolgt, sowie permanent auf die Einhaltung der Regeln zu achten und Regelverstöße konsequent zu ahnden. Diese begrenzte Aufgabe sollte er jedoch mit großer Konsequenz und großem Eifer wahrnehmen. Umverteilung der Ergebnisse sind demgegenüber nur in sehr bescheidenem Umfang hinzunehmen, wenn sie unverschuldete Misserfolge kompensieren; jede Tendenz hin zur Ergebnisgleichheit ist aus den oben genannten Erwägungen strikt abzulehnen. Auch an dieser Stelle sind Beweislastumkehr und Folgenabschätzung vorzusehen:

- Der Befürworter einer Umverteilungsmaßnahme hat den Nachweis zu führen, dass diese Maßnahme zur Kompensation unverschuldeter Misserfolge notwendig und geeignet ist.
- Außerdem sollen Belastete und Begünstigte der Umverteilung möglichst exakt beschrieben werden (wieviel von wem zu wem?)
- Und die Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen der Maßnahme sind zu qualifizieren und so exakt wie irgend möglich zu quantifizieren. Insbesondere ist der Bedarf an weiteren kompensatorischen Maßnahmen zu beschreiben.

Ich denke, dass man auf diese Weise der allfälligen Neigung, populäre Umverteilungsmaßnahmen zu propagieren und den Kreis der Belasteten möglichst nebulös zu halten, wirksam begegnen könnte.

Weg von der einseitigen Orientierung an sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit

a.) historische Entwicklung

Reichskanzler Otto von Bismarck hat seinerzeit die Sozialversicherungen mit jeweils hälftiger Beitragszahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt, um die Situation der Industriearbeiter auf einem erträglichen Mindestniveau zu stabilisieren und so etwa vorhandenes Klassenkampf-Bewusstsein oder sogar revolutionäres Potenzial auszuschalten (im Sinne von konkreter Verbesserung statt utopischer Versprechungen). Ihm und seiner Politik gebührt damit das unzweifelhafte Verdienst, einen wesentlichen Grundstein unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der sozialen Marktwirtschaft (obwohl dieses Etikett seinerzeit gar nicht existierte) gelegt zu haben.

Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard führte diesen Begriff für ein marktwirtschaftliches System ein, in dem das Eigentum und die freie wirtschaftliche Betätigung zwar garantiert ist, aber explizit nicht grenzen- und schrankenlos, sondern immer sozial gebunden. Herr Professor Erhard schwebte "Wohlstand für alle" vor, und tatsächlich stellte die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft die entscheidende Weiche auf dem Weg zu einer beispiellosen Prosperität und einer bemerkenswerten Entwicklung im Lebensstandard aller Bevölkerungsschichten.

Aber diese Erfolgsstory enthält (wie eigentlich jede Erfolgsstory) bereits den Keim ihres Endes: Professor Erhards "Maßhalte-Appelle" gerieten im kollektiven Gedächtnis der Deutschen in Vergessenheit, es entstand der Eindruck, dass die Steigerung des Lebensstandards für Deutsche eine ewige Naturgesetzlichkeit sei ("jedes Jahr 5 % besser als im Vorjahr"). Das Bewusstsein des Zusammenhangs zwischen Leistung und Verteilung ("es kann nur umverteilt werden, was zuvor erwirtschaftet/erarbeitet worden ist" und "jedem Begünstigten steht notwendig ein Belasteter gegenüber – häufig sind beide identisch, ohne es zu bemerken") ging ebenso verloren wie das Verständnis des

untrennbaren Zusammenhanges zwischen Rechten und Pflichten, und das Denken spielte sich vornehmlich in den Kategorien von 'sozialen Besitzständen' und 'wohlerworbenen Rechten' ab.

Regierungen, die sich **keynesianischer wirtschaftspolitischer Instrumente in nicht-keynesianischen Situationen** bedienen, - *Kurzer Exkurs: Keynesianische Wirtschaftspolitik zur Glättung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfordert antizyklische staatliche Politik. Davon ausgehend, dass im Wirtschaftsprozess sich selbst verstärkende ('positive') Regelkreise bestehen, ist zum Durchbrechen dieser Regelkreise bewusste und gezielte Nachfragesteuerung durch die öffentliche Hand erforderlich. In Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs muss der Staat also seine Nachfrage ausdehnen ; da in Abschwungszeiten die Staatseinnahmen tendenziell zurückgehen, ist eine Politik des 'deficit spending', also der kreditfinanzierten staatlichen Nachfrage, unerlässlich. Implizit – um die Defizite nicht ausufern zu lassen und das Instrument auch für die nächste Runde im Wirtschaftszyklus scharf zu halten – , ist in Zeiten der gesamtwirtschaftlichen Expansion eine Dämpfung der staatlichen Nachfrage und eine Rückführung der Staatskredite erforderlich. Aufgrund von Fehleinschätzungen und Allmachtsphantasien der Wirtschaftspolitik [“Die Wirtschaftszyklen gehören der Vergangenheit an, die Volkswirtschaft wird mittels 'Globalsteuerung' geräuschlos auf einem stabilen und permanenten Wachstumspfad gehalten“] wurde das Instrument des deficit spending auch in Zeiten der Hochkonjunktur angewandt, um die verteilungsmasse auszuweiten und zusätzliche soziale Wohltaten zu ermöglichen mit dem heute bekannten Resultat, dass das Instrument stumpf wurde und nicht mehr zur Verfügung steht, wenn es jetzt und in Zukunft dringender als je zuvor benötigt wird. - häuften einen gigantischen Berg an Staatsverschuldung an, der heute die Handlungsspielräume der öffentlichen Hände extrem einengt und nachfolgenden Generationen enorme Kapitaldienst-Lasten auferlegt.*

Eine massive Unterschätzung der Kosten der deutschen Einheit kam dann noch hinzu und macht die Ausgangsposition Deutschlands für die Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen extrem unkomfortabel.

b.) gegenwärtige Situation:

Die jüngste technologische Entwicklung und der zunehmend härter und schneller werdende Wettbewerb haben das, was gemeinhin immer noch als "Normal-Arbeitsverhältnis" apostrophiert wird, auf breitester Front erodiert. Als Normal-Arbeitsverhältnis gilt immer noch das **unbefristete sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Arbeitsverhältnis**. Und das gilt, obwohl zunehmend häufiger befristete Arbeitsverträge, oft für die Dauer von Projekten, Teilzeitverträge und Zusammenarbeitsverhältnisse auf der Basis von Werk- statt von Arbeitsverträgen geschlossen werden. Zwar hat der Gesetzgeber einiges dazu getan, solche "irregulären" Beschäftigungsverhältnisse zu ermöglichen und zu regeln, aber fatalerweise knüpfen alle unsere sozialen Sicherungssysteme nach wie vor an der Fiktion des Normal-Arbeitsverhältnisses

an. Das bedeutet nicht nur, dass diese Kategorie von Arbeitsverhältnissen für den Arbeitgeber zunehmend verteuert wird (explodierende Lohnnebenkosten) und damit der Anreiz, diese Arbeitsverhältnisse abzubauen (durch 'irreguläre' solche zu ersetzen oder sogar völlig wegzurationalisieren), progressiv steigt. Die zweite, ebenso fatale Wirkung ist die, dass die Finanzierung dieser Sozialsysteme zunehmend erodiert: Jeder wegfallende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplatz ist nicht nur in allen Systemen ein wegfallender Beitragszahler, sondern in der Arbeitslosenversicherung (und, bei großzügigen Möglichkeiten der Frühverrentung im Versuch, Arbeitsmarktprobleme auf Kosten der gesetzlichen Rentenversicherung zu entschärfen, in der Rentenversicherung) ein zusätzlicher Leistungsbezieher.

Demographische Verwerfungen, die eigentlich auch schon seit Jahrzehnten absehbar gewesen sind, sind auch erst in jüngster Vergangenheit zum Anlass für halbherzige, eher kosmetische Korrekturen am System genommen worden.

Eine zurückgehende Zahl von Geburten und steigende Arbeitslosen (= sinkende Beitragszahler-) Zahlen bei gleichzeitigem Anstieg der Lebenserwartung und kostenintensivem medizinischen und pharmazeutischem Fortschritt führen dazu, dass immer weniger Normal-Arbeitsverhältnisse immer höhere Gesamtkosten erbringen müssen mit der doppelten Folge, dass 1. die Beiträge pro sozialversicherungspflichtigem Beschäftigungsverhältnis (und damit die Lohnnebenkosten für den Arbeitgeber) drastisch ansteigen (mit dem Ergebnis, dass der Rationalisierungsanreiz weiter steigt und eine entsprechende Investition eventuell erst dadurch über die Rentabilitätsschwelle gehoben wird) und dass 2. die Leistungsansprüche des zur Zeit aktiven Versicherten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung geringer und unsicherer werden.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass durch die Umstellung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (= Entkoppelung vom Faktor Arbeit) bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage mehrere positive Wirkungen zugleich erreicht werden könnten:

- Die Belastung mit Lohnnebenkosten würde geringer, das heißt das Innovations- und Rationalisierungstempo würde (zumindest geringfügig) kleiner.
- Die zukünftige Gegenleistung für den gegenwärtigen Beitrag des Versicherten würde berechenbarer und sicherer, der Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung wieder transparenter.

Außerdem bedeutet die Abkehr von der einseitigen Betonung von sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit als Maß aller Dinge, dass aus gesellschaftlicher Sicht andere Lebensentwürfe nicht mehr in dem Maße diskriminiert würden. Traditionell existieren eigentlich nur die Kategorien Vollzeit – Teilzeit (50%) - arbeitslos. Und für diejenigen Mitbürger, die es sich leisten können, vielleicht noch ehrenamtliches Engagement.

Die geforderte Erwerbsbiografie ist immer noch geradlinig, ist die des kontinuierlich beschäftigten Arbeitnehmers, der nachvollziehbare Karriere gemacht hat, also sich von einer beruflichen Station zur nächsten in Punkto Gehalt, Verantwortung, Kompetenz etc. erkennbar weiterentwickelt hat. Unterbrechungen bedürfen der Rechtfertigung ("Familienphase"), Zeiten der Beschäftigungslosigkeit gehören "weggeschminkt". Dass das Fehlen bezahlter Erwerbsarbeit mitnichten "Arbeitslosigkeit" bedeuten muss, wird nach wie vor ebensowenig zur Kenntnis genommen wie die zunehmende Bedeutung von "Patchwork-Biografien", die Notwendigkeit projektbezogener und damit befristeter Anstellungsverhältnisse anstelle der früher üblichen lebenslangen Anstellung. Kurzzeitige Engagements, nur lose miteinander verbundene Arbeitsinhalte, nur rudimentäre Arbeitsplatzbeschreibungen, die mit der Notwendigkeit lebenslangen Lernens zwingend einhergehende Unterbrechung von Berufsverhältnissen wird ignoriert und es wird weiter an der Fiktion des Normalarbeitsverhältnisses klassischer Prägung festgehalten.

Zukunft ohne Arbeit – Arbeit ohne Zukunft

In der traditionellen engen Definition (Arbeit = normale Erwerbsarbeit im klassischen Sinn) ist "Arbeit" ein Auslaufmodell: Es gibt kaum eine Tätigkeit, die Maschinen (bereits existierende oder zumindest mittelfristig vorstellbare) nicht besser oder schneller oder fehlerfreier oder zumindest ausdauernder erledigen könnten als Menschen dies tun. Das bedeutet, dass in allen Bereichen der Volkswirtschaft (Industrie, Handwerk, Dienstleistungen) das Rationalisierungspotenzial wächst und unter dem Diktat der globalen Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsplätze abgeschafft werden. Da alle Bereiche der Volkswirtschaft von diesem Arbeitsplatzabbau betroffen sind, tun sich im Gegensatz zu früher keine Wirtschaftsbereiche auf, in denen die freigesetzten Arbeitskräfte Beschäftigung finden könnten – jedenfalls nicht in ausreichender Menge.

Den Einsatz des Faktors Arbeit zu verbilligen, zu flexibilisieren und die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer zu verschlechtern schafft keine Lösung und noch nicht einmal dauerhafte Erleichterung: Egal wie niedrig die Arbeitskosten hierzulande sind, im globalen Wettbewerb findet sich immer ein Anbieter, der die gleiche Leistung noch kostengünstiger erbringt – ein Mensch in der dritten Welt oder gleich eine Maschine.

Das bedeutet zwangsläufig, dass am massiven Verlust von Arbeitsplätzen – zunächst in den Industriestaaten, a la longue weltweit – kein Weg vorbeiführen wird. Wir haben also faktisch gar nicht die Option, durch angebotspolitische Maßnahmen "Arbeitsplätze zu schaffen", sondern können lediglich das Tempo des anstehenden Arbeitsplatzabbaus verlangsamen und den Prozess zeitlich strecken. Damit vergrößern wir faktisch unsere Gestaltungsspielräume und "kaufen Zeit". Wir müssen nur zusehen, dass der Preis für diese Zeit nicht zu hoch ist und dass wir nicht durch soziale Unruhen die vergrößerten Gestaltungsspielräume wieder zunichte werden lassen. Die Frage nach dem wünschens-



werten Maß von Angebotspolitik erfordert somit Kosten-Nutzen-Überlegungen und letztlich eine politische Entscheidung.

Erwerbsarbeit hat wie gezeigt keine Zukunft, die Zukunft benötigt keine Massen von Arbeitnehmern, sondern nurmehr eine kleine Anzahl hochqualifizierter Personen zur Überwachung der Prozesse und zur Entwicklung neuer Verfahren und Produkte (Rifkin apostrophiert sie in seinem bereits mehrfach erwähnten Buch "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" auf Seite 53 als "kosmopolitische Elite von 'Symbolanalytikern' – in deren Händen die Entwicklung neuer Technologien und die Kontrolle über die Produktionsfaktoren liegen wird – einerseits" , [der] "eine immer breiter werdende Schicht von Dauerarbeitslosen andererseits [gegenübersteht], die nur geringe Aussicht auf eine sinnvolle Beschäftigung in der neuen Hightech-Wirtschaft haben."

Eine permanente und nachhaltige Reduzierung der in einer Volkswirtschaft zur Erzeugung eines gegebenen Output benötigten Arbeitsstundenzahl bedeutet entweder die Verteilung der verbleibenden Arbeit auf mehr Personen, d.h. eine Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsmenge je Arbeitnehmer. Oder sie bedeutet die Akzeptanz einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften, die ungewollt null Stunden arbeiten und stattdessen die sozialen Sicherungssysteme belasten und massive Selbstwertprobleme bekommen in einer Gesellschaft, in der nur Erwerbsarbeit anerkannt ist.

Die Reduzierung der individuellen Stundenzahl muss freiwillig erfolgen und darf natürlich nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der Arbeitgeber führen (also ohne Lohnausgleich), da ansonsten das Rationalisierungstempo wieder angeheizt würde. Das bedeutet, dass die öffentliche Hand einen Ausgleich für die Betroffenen bezüglich des Nettogehalts schaffen muss. Dies kann konzertiert erfolgen, indem die Sozialabgabenlast und die Steuerlast ermäßigt werden und flankierend für eine Übergangszeit direkte Einkommenszuschüsse gezahlt werden (z.B. im Sinne eines "Teil-Arbeitslosengeldes". Mittel- und langfristig müssen neue Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden; dies geht nur in den Bereichen, die heute fast ausschließlich ehrenamtliche Beschäftigung bieten, also indem gemeinnütziger Bereich, Non-Profit-Sektoren und derzeit noch staatlich erbrachte Leistungen in einem Sektor zusammengefasst und erbracht werden, der hier "Sozialwirtschaft" genannt wird.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss damit aufhören, nur eine Form von Tätigkeit (sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit) hochzuschätzen und alle anderen Formen als minderwertig abzuqualifizieren. Ein neuer Gesellschaftsvertrag muss alle Formen von Tätigkeit entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und nicht entsprechend ihrer Entlohnung bewerten, muss alternative Lebensentwürfe anerkennen, darf Patchworkbiografien als notwendige Folge der Entwicklungen am Arbeitsmarkt nicht ignorieren und sollte die individuelle Freiheit und die individuelle Sozialbindung gleichermaßen betonen.



c.) Die Ausgangsposition

Leere öffentliche Kassen, ein sich zunehmend beschleunigender Verlust von Arbeitsplätzen auf breiter Front, erodierte und weiter erodierende soziale Sicherungssysteme, Zukunftsangst bei der weit überwiegenden Bevölkerungsmehrheit und weitverbreitete Parteienverdrossenheit: Das sind die Zutaten, aus denen der Problemcocktail unserer Gesellschaft für die kommenden Jahrzehnte gemixt ist.

Mit einem prinzipiellen "Weiter so, Deutschland!" und einzelnen, teils halbherzigen, teils nur kosmetischen Operationen auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners ist diesen Problemen nicht zu begegnen.

Arbeitsmarktpolitik, die auf die Schaffung von mehr sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abzielt, ist nach meiner festen Überzeugung zum Scheitern verurteilt. Die Hartz-Gesetzgebung, die den Zweiklang von "Fordern und Fördern" betonte, ist daran gescheitert, dass keine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen verfügbar ist (und auch in Zukunft nicht sein wird), dass also nichts zu fördern ist und auch der noch so arbeitswillig gemachte Arbeitslosengeld-II-Bezieher trotz aller Forderungen einfach keinen Job finden kann.

Insoweit greift auch die wohlklingende (und vom Grundsatz her zweifelsfrei richtige) Aussage "Sozial ist, was Arbeit schafft", zu kurz: Denn – um im Bild zu bleiben: dann gäbe es buchstäblich keine soziale Politik.

Diese Befunde stehen auf der einen Seite; auf der anderen Seite stehen die Zahlen, dass im Bereich der Schattenwirtschaft jährlich hunderte von Milliarden Euro umgesetzt werden, und die plakative Aussage, wenn es gelänge, diese Schattenwirtschafts-Umsätze in die reguläre Volkswirtschaft zu überführen, etwa fünf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Neuer "Wirtschaftssektor" SOZIALWIRTSCHAFT als Ergänzung zu MARKT und STAAT

Diese beiden Zahlenapparate scheinen eigentlich unvereinbar; aber mit dem Konzept der "Bezahlbaren Arbeit" sind sie sehr wohl zu vereinbaren: Ein durchschnittlicher Verdiener muss in Deutschland bei dem gegenwärtigen Steuer- und Abgabenniveau rund vier Stunden arbeiten, um eine regulär berechnete durchschnittliche Dienstleistungsstunde kaufen zu können.

Beispiel eines Malers, der sein Bad von einem Fliesenleger-Betrieb kacheln lassen will:

Annahmen: eigener Stundenlohn brutto 12,- € entspricht netto etwa 9,- €.

Bruttolohn des Fliesenlegers ebenfalls 12,- € => Lohnkosten für Arbeitgeber 18,- - 20,- € =>

Nettopreis der Fliesenleger-Stunde 25,- - 30,- € zzgl. MWSt = 30,- - 35,- €.



Dieses Missverhältnis macht reguläre Handwerkerarbeiten und Dienstleistungen in Deutschland kaum bezahlbar und stellt einen massiven Anreiz für die Hinwendung zur Schattenwirtschaft dar.

Ein Steuer- und Abgabensystem in der weiter unten skizzierten Form würde ein gutes Stück dieses Anreizes zur Fehlallokation (wie der Ökonom sagen würde) ausschalten und die Anreizstruktur wieder auf eine gesündere Relation ausrichten – 2,5:1 wäre denke ich gerade noch akzeptabel.

Auf diese Weise könnten gewiss zumindest für eine Übergangszeit etliche zigtausend Arbeitsplätze in Handwerk und Dienstleistung geschaffen werden, den Durchbruch stellt dies jedoch nicht dar. Gleichwohl ist es eine wichtige Nebenwirkung eines vereinfachten und entrümpelten Steuer- und Abgabensystems, da es Zeit erkaufte, um die notwendigen Anpassungen zu gestalten, und Finanzierungsmittel, um neue Systeme anschubzufinanzieren.

Gleichwohl werden wir nicht umhinkommen zuzugeben, dass eine große und steigende Zahl von Dienstleistungen (pflegerische, erzieherische, sonstige personenbezogene) für eine wachsende Zahl bedürftiger Menschen nicht mehr auf marktgängige Weise erbracht werden kann, da der Bedarf nicht im marktwirtschaftlichen Sinne kaufkräftig ist. Und diese Leistungen staatlicherseits zu erbringen, ist ebenfalls angesichts leerer öffentlicher Kassen nicht möglich.

Ebenso sind für eine wachsende Zahl von Empfängern dringend benötigte Handwerkerleistungen im marktwirtschaftlichen Sektor zu den aktuellen Konditionen schlicht unerschwinglich.

Das bedeutet, dass es ein beträchtliches Bedarfsvolumen gibt, das aus den unterschiedlichen Gründen weder vom marktwirtschaftlichen noch vom öffentlichen Sektor befriedigt werden kann.

Will man das Abgleiten dieser nicht-kaufkräftigen Nachfrage in den Sektor der Schattenwirtschaft verhindern, so bietet sich die Förderung eines weiteren Gesellschaftssektors an, den ich hier als "Sozialwirtschaft" bezeichnen möchte (Rifkin spricht in seinem Buch "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" vom 'third sector' - in der Übersetzung 'Dritter Sektor' – eine Bezeichnung, die ich wegen der Verwechslungsgefahr mit dem 'Tertiären Sektor der Volkswirtschaft' [= Dienstleistungssektor] für wenig glücklich halte. Der klassische deutsche Terminus 'Gemeinwirtschaft' ist mit den Neue Heimat-Skandalen beträchtlich in Verruf geraten, so dass ich mich an das 'Economie Sociale' französischer Sozialwissenschaftler anlehnen möchte. Vgl. Rifkin, ebd., Fußnote S. 195).



Eine Entwicklung und ein Erstarren des Sozialwirtschaftssektors aus den bereits existierenden gemeinnützigen Organisationen heraus hat den Charme, nicht nur Leistungen offiziell und erschwinglich anbieten zu können, die weder marktwirtschaftlich noch staatlicherseits erbracht werden können, sondern auch in großem Umfang Arbeitsplätze bereitzustellen, die die in Industrie, Dienstleistung und öffentlichem Dienst freigesetzten Arbeitnehmer aufnehmen können.

Der Sozialwirtschaftssektor bedarf der Anschubfinanzierung durch die öffentliche Hand, das heißt die Gelder für dorthin verlagerte ehemals öffentliche Leistungen (Schulen, Kindergärten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, gemeinnütziger Wohnungsbau, mobile Alten- und Krankenpflege etc.) müssen für eine begrenzte Zeit vom Staat in diesen Sektor transferiert werden. Desgleichen müssen weitere Mittel zur Anschubfinanzierung bereitgestellt werden, wobei von vornherein klarzustellen ist, dass eine Dauersubventionierung von Einrichtungen der Sozialwirtschaft nicht in Frage kommt, wohl aber ein staatlicher Erwerb von genau umrissenen, quantifizierten und qualifizierten Leistungen von Non-Profit-Organisationen als Erfüllung staatlicher Daseinsvorsorge..

Ein Beispiel soll die vielfältigen positiven Folgen der Schaffung eines Sozialwirtschaftssektors illustrieren:

Eins der großen Probleme im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die lange Gesamtzeit der Schulferien (etwa 13 Wochen im Jahr = ¼ Jahr). Diese Zeitspanne ist somit mehr als doppelt bis fast dreimal so lang wie der Urlaubsanspruch eines Arbeitnehmers. Das bedeutet, dass für einen beträchtlichen Teil der Ferien ein auch nur halbtags erwerbstätiger Erziehungsberechtigter eine Kinderbetreuung organisieren muss – mit beträchtlichen Kosten und ohne eine institutionelle Gewähr für Ersatz bei Erkrankung. Wenn es nun gelänge, einen gemeinnützigen Verein ins Leben zu rufen, der für die komplette Dauer aller Ferien in Schulgebäuden eine qualifizierte und garantierte Ferienbetreuung für Kinder zu erschwinglichen Preisen organisiert und gewährleistet, dann könnten eine Reihe von Problemen zugleich gelöst werden:

- Zum einen würde ein gravierendes Hindernis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus dem Weg geräumt, der Wiedereinstieg nach einer Familienphase wäre reibungsloser machbar. Viele Alleinerziehende könnten ruhigeren Gewissens ihrer Tätigkeit nachgehen.*
- Jeder, der am Bezug der Leistung interessiert ist, wird Mitglied des Vereins. Berechtigt zum Bezug der Leistung wären zunächst Vereinsmitglieder; der Mitgliedsbeitrag besteht aus dem individuellen Finanzierungsbeitrag (also z.B. bei einer durchschnittlichen Gruppengröße von 12 Kindern und einer Entlohnung der Betreuungsperson von insgesamt 5.000,- € im gesamten Jahr – verteilt auf die Ferienmonate – würde sich die monatliche Belastung eines Vereinsmitgliedes auf 35,- € belaufen. Gegebenen- und erforderlichenfalls könnte diese Summe durch die öffentliche Hand in Einzelfällen bezuschusst werden.*
- Es würden Erwerbsmöglichkeiten für eine Reihe von derzeit arbeitslosen professionell ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern geschaffen, die sich auf bis zu ¼ Vollzeitäquivalent belaufen und von ihrer zeitlichen Lage zumindest den Personen ohne schulpflichtige Kinder beträchtlich entgegen kommen dürften.*
- Die Leistung dürfte, da von einer Non-Profit-Organisation erbracht, für die weitaus meisten Nachfrager erschwinglich sein; für diejenigen Nachfrager, die ihren anteiligen Finanzierungsbeitrag*
- Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand beläuft sich (nach einer Anschubfinanzierung zur Entwicklung der erforderlichen Vereins-Infrastruktur) auf die unentgeltliche Nutzung ansonsten in den Schulferien leerstehender Gebäude sowie die Garantie des nicht durch Spenden finanzierten Anteils an Sachkosten und nicht-ehrenamtlicher Vereinsarbeit.*

Beschäftigung im Sozialwirtschaftssektor kann auf zwei einander ergänzende Arten dargestellt werden: Zum einen ist an hauptamtlich Beschäftigte zu denken, die ein normales Gehalt beziehen, das der gemeinnützige Träger aus Spenden, Staatszuschuss



Seite 24 von 32

und Einnahmen aus dem Verkauf seiner Leistungen finanziert, ebenso wie seine Raum- und Sachkosten.

Die zweite, ergänzende Möglichkeit der 'Entlohnung' führt unmittelbar zum nächsten Kapitel dieser Ausführungen:

"Parallelwährung Sozial-Dollar"

Über das regulär entlohnte Engagement hinaus bezieht jeder Bürger, der freiwillige Leistungen für eine Non-Profit-Organisation erbringt, für jede geleistete Stunde eine festgelegte Anzahl von Einheiten, die ich hier als "Sozial-Dollar" bezeichnen möchte (in dankbarer Erinnerung an jene Währung, die das Wirtschaftswunder begleitet hat, könnte auch von "Sozial-Mark" gesprochen werden, aber die gewählte Bezeichnung macht das Konzept auch international besser nachvollziehbar).

Im Gegensatz zum marktwirtschaftlichen Sektor, in dem jede Arbeitsstunde entsprechend der Qualifikation des Leistenden unterschiedlich honoriert wird, soll im Sozialwirtschaftssektor gelten, dass jede Stunde gleich viel wert ist, egal von wem sie geleistet wird.

Der Sozialwirtschaftssektor soll den Marktwirtschaftssektor ergänzen, nicht ersetzen (Der Ökonom würde von komplementären, nicht.-substitutiven Beziehungen zwischen den Sektoren sprechen.)

Natürlich muss sichergestellt werden, dass durch Leistungen des Sozialwirtschaftssektors den Unternehmen des Marktwirtschaftssektors **keine unfaire Konkurrenz** gemacht wird. Dies könnte einerseits über hochbürokratische Regelungen erfolgen, wer berechtigt ist, welche Nachfrage im Sozialwirtschaftssektor geltend zu machen (nur Bezieher kleiner Einkommen z.B. und/oder nur für Leistungen, die – regional? - von marktwirtschaftlichen Akteuren nicht – in ausreichendem Umfang? - angeboten werden ...), oder aber – und diesem Procedere neige ich zu, man versetzt Unternehmen des marktwirtschaftlichen Sektors in den Stand, sich einen **fairen** Wettbewerb mit dem Sozialwirtschaftssektor zu liefern. Ein nicht dauerhafter Sozialwirtschaftssektor und ein Marktwirtschaftssektor mit flexiblen und bürokratiefreien Angebotsbedingungen sind meines Erachtens notwendige und hinreichende Bedingungen, die Konkurrenz fair zu gestalten.

Erworbene Sozial-Dollar kann der Besitzer entweder verwenden, um seinerseits Leistungen gegen Sozial-Dollar im Sozialwirtschaftlichen Sektor zu erwerben. Hier stehen zu bleiben, hieße aber dem Rückfall in eine primitive Tauschwirtschaft das Wort zu reden. Den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft würde damit nicht einmal ansatzweise gerecht, und den Interessen und Bedürfnissen derjenigen



Beschäftigten, die mangels alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten ausschließlich im Sozialwirtschaftssektor tätig sind, könnte ebenfalls nicht entsprochen werden, da selbstverständlich nicht alle Leistungen auch im Sozialwirtschaftssektor erbracht werden. Der vormals Arbeitslose, der jetzt acht Stunden am Tag in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen tätig ist, hätte zwar mehr als genügend Sozial-Dollars, aber kein Geld, um Industrieprodukte zu erwerben. Geschweige denn könnte er ausländische Produkte erwerben in Ländern, in denen der Sozial-Dollar nicht akzeptiert würde.

Konvertibilität der beiden Währungssysteme

Die beiden Parallelwährungen müssen demnach konvertibel gestaltet werden, d.h. jeder Besitzer von Sozial-Dollar muss die Möglichkeit haben, diese bei Bedarf in Euro umzutauschen und ebenso Leistungen von Sozialwirtschaftlichen Anbietern gegen Euro statt gegen Sozial-Dollar zu erwerben.

Konvertibilität ist auch die Voraussetzung, den individuellen Zufluss an Sozial-Dollar in einer bestimmten Periode in Rahmen der Einkommensbesteuerung (s.u.) ordnungsgemäß und systematisch erfassen und besteuern zu können.

Aus Gründen der Praktikabilität und Stabilität der Wirtschaftsprozesse im Sozialwirtschaftssektor halte ich einen staatlich garantierten festen "Wechselkurs" zwischen Euro und Sozial-Dollar für die beste Alternative. Damit kann bei Bedarf jeder Bürger von einer inländischen Währung in die andere tauschen, und Sozialwirtschafts-Einkommen können im Rahmen der Einkommensbesteuerung korrekt erfasst und wie alle anderen Einkommensarten behandelt werden. Und das zu berechenbaren Bedingungen.

Um ein Beispiel zu präsentieren, das keinerlei realistische Zahlenwerte enthält: Wenn ein deutscher Sozial-Dollar, also eine Stunde gemeinnütziger Arbeit, 10 € entspräche und die Niederlande einen "Sozial-Gulden" mit fünf Euro bewerteten, dann müsste der niederländische Inhaber von Sozial-Gulden, der bei einem deutschen Non-Profit-Anbieter eine Dienstleistung einkauft, pro Stunde diese Dienstleistung mit 2 Sozial-Gulden vergüten, die die dahinterstehende Non-Profit-Organisation vollständig an den Erbringer der Dienstleistung weiterreicht. Die Finanzierung dieser Clearing-Funktion erfolgt über Spenden, staatliche Zuwendungen aus den sonstigen Einnahmen der Organisation.

Wenn andere Volkswirtschaften aus dem Euroraum ebenfalls einen Sozialwirtschaftssektor mit eigener Währung entwickeln, ist die internationale Konvertibilität über den Euro gewährleistet; außerhalb des Euroraumes bestehen Wechselkurse zwischen den existierenden (monetären) Währungen, die als Zwischenschritt in der Berechnung internationaler Kaufkraftparitäten der (nationalen) Sozialwährungen genutzt werden können.

Entbürokratisierung

Alle oben angesprochenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen erscheinen als notwendige Bedingung, den Staat und die Gesellschaft für zukünftige Herausforderungen zu rüsten und den beispiellosen Umbruch der Dritten Industriellen Revolution ohne allzu große Verwerfungen zu meistern. Aber all diese Maßnahmen reichen nicht aus, wenn nicht parallel dazu eine durchgreifende Entbürokratisierung erfolgt. Eine allumfassende Bürokratie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten über unsere Gesellschaft gelegt. Sie absorbiert nicht nur große Teile der Energien gerade der leistungsbereitesten Mitglieder der Gesellschaft, sondern droht jegliche Eigeninitiative zu ersticken. Jede Regelung mag für sich genommen zur Zeit ihrer Einführung sinnvoll und wohlbegründet gewesen sein. In ihrer Gesamtheit und ihren Wirkungen sind die bürokratischen Regelungen nicht mehr tragbar, und in vielen Einzelfällen ist die Motivation, die zu ihrer Einführung gegolten haben mag, inzwischen obsolet.

In der traditionellen Verfahrensweise neigen bestehende Regelungen dazu, sich dauerhaft zu verstetigen. Entweder geraten sie in Vergessenheit, oder die Notwendigkeit der Anpassung oder Abschaffung aufgrund fundamental veränderter Rahmenbedingungen wird nicht gesehen. Schließlich erfordert die Abschaffung von Regelungen ebenso einen gesetzgeberischen oder anderen normschaffenden Akt wie seinerzeit ihre Einführung.

Quasi zur "Beweislastumkehr" hat daher der Vorschlag Charme, ausnahmslos jede Norm nur befristet zu erlassen und sie eine bestimmte Zeitspanne vor ihrem Obsolet-werden dahingehend zu überprüfen, ob sie (wieder befristet) verlängert werden soll. Andernfalls wird sie am Ende ihres Gültigkeitszeitraums ersatzlos außer Kraft gesetzt. Mit diesem Vorgehen kann einem zunehmend dichter werdenden Regelungsgeflecht wirksam vorgebeugt werden, so dass nach einem einmaligen aktiven Kraftakt der Entbürokratisierung eine erneute Verbürokratisierung zumindest erschwert würde.

Eine obligatorische Analyse der Neben-, Wechsel- und Folgewirkungen beabsichtigter regulatorischer Akte sollte ergänzend hinzutreten (sozusagen eine "Normen-Folgeabschätzung" analog der Technikfolgenabschätzung).

Skizze des Steuersystems

Ziel dieser Ausführungen soll es sein, ein einfaches, transparentes und daher inhärent gerechtes Steuersystem zu konzipieren, das seinerseits einen Beitrag zum Bürokratieabbau leistet und viele der verschachtelten, komplexen und intransparenten Systeme von Sozialtransfers überflüssig werden lässt.

Erste Säule dieses Steuersystems ist eine Einkommensteuer, die **oberhalb des Grundfreibetrages** in Höhe des - großzügig bemessenen - Existenzminimums [etwa 10.000,- € für den Steuerpflichtigen, 8.000,- € für einen nicht erwerbstätigen Ehegatten/Lebensgefährten und 6.000,- € für jedes im Haushalt lebende Kind (also 30.000,- € für einen Vier-Personen-Ein-Verdiener-Haushalt) einen **einheitlichen Steuersatz von 25% auf alle Einkunftsarten** beträgt. Weitere Freibeträge und Ausnahmetatbestände sollten nicht anerkannt werden, einzig ein (begrenzter und rigide kontrollierter) **Werbungskostenabzug** gegen Nachweis (keine Pauschalen!) könnte eventuell zugelassen werden. *Sofern der Gesetzgeber eine Steuerprogression unter Gerechtigkeitsaspekten für unerlässlich hält – ich teile diese Gedanken zwar nicht, aber halte einen schrittweisen Übergang auf 30% bei sehr hohen Einkommen unter Motivationsgesichtspunkten für akzeptabel.*

Sinnvollerweise sollte dieses System der Einkommensbesteuerung zwecks Vereinfachung des Systems der Sozialtransfers um die unter Ökonomen schon lange präferierte Komponente einer negativen Einkommensteuer ergänzt werden: Unterhalb des definierten Grundfreibetrages liegende Einkommen werden aus Steuermitteln angehoben – natürlich nicht auf das Niveau des Grundfreibetrages, aber anteilig, z.B. um 20 % der Differenz bei Einkommen zwischen Null und dem halben Grundfreibetrag und um 15 % der Differenz bei Einkommen zwischen diesem halben und dem vollen Freibetrag. *(Feinere Abstufungen, andere Grenzwerte etc., sind selbstverständlich möglich; diese Skizze will keine Blaupause liefern und das Resultat des politischen Prozesses nicht vorwegnehmen, sondern lediglich eine mögliche Zielfunktion **qualitativ** beschreiben).*

Zweite Säule dieses Steuersystems ist die Mehrwertsteuer. Hier sollte ein dritter Satz von etwa 35 % für besonders ressourcen- und umweltverbrauchende Aktivitäten eingeführt und im Gegenzug alle spezifischen Verbrauchssteuern fiskalischer Natur abgeschafft werden (Lenkungssteuern: siehe nächster Punkt). Der Normalsatz sollte auf 20 % angehoben werden, der ermäßigte Satz mit etwa 7,5 % nahezu konstant bleiben. **Voller Vorsteuerabzug** soll für **investiv genutzte Güter** möglich sein, und zwar nicht nur für Selbständige, sondern für jeden Steuerbürger.

Dritte Säule dieses Steuersystems stellt für **einen begrenzten Zeitraum** eine "Sozialsteuer" von etwa 250,- € pro Person und Jahr für alle Bezieher von Einkommen dar, die größer als der Grundfreibetrag sind. Diese Steuer dient zur Anschubfinanzierung des oben besprochenen sozialwirtschaftlichen Sektors.

Lenkungssteuern sollen wie alle gesetzgeberischen Maßnahmen explizit als solche ausgewiesen, notwendig und geeignet zur Erreichung des Lenkungszwecks, zeitlich befristet erhoben und hinsichtlich ihrer Wirkungen (direkte und indirekte Neben-, Wechsel-

und Folgewirkungen) im Vorfeld analysiert werden; ihr Aufkommen darf nicht mit den allgemeinen Staatseinnahmen vermischt werden, sondern soll zweckgebunden komplexer zum Lenkungsziel eingesetzt werden (z.B. soll das Aufkommen der Tabaksteuer – sofern sie als Lenkungsabgabe wieder eingeführt wird.- zur Mit-Finanzierung von durch das Rauchen bedingten Krankheitsfolgen eingesetzt werden).

Ein solches Steuersystem genügt den Anforderungen an Einfachheit und Verständlichkeit und ist geeignet, den öffentlichen Händen hinreichend Einnahmen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verschaffen.

Um einer weiteren Erosion der Sozialversicherung vorzubeugen und ihre Finanzierung auf ein stabiles Fundament zu stellen, ist zum einen von der – opportunistischen und populistischen – Strategie Abstand zu nehmen, den Sozialversicherungsträgern zunehmend versicherungsfremde Leistungen aufzubürden. Ich bezeichne diese Strategie deshalb als opportunistisch und populistisch, weil sie verschleiern, dass die Beiträge zur Finanzierung der ausgekehrten Wohltaten zum Teil den Begünstigten aus der anderen Tasche wieder genommen werden und zum Teil den kommenden Generationen aufgebürdet wird. Auf diese Weise ist der fatale Eindruck entstanden, dass es Kühe gibt, die im Himmel gefüttert und auf der Erde gemolken werden. Dass soziale Wohltaten verstreut werden können und diese nicht finanziert werden müssen. Diese mentale Entkoppelung von Leistungsfähigkeit und Leistungswillen, von Leistung und Gegenleistung scheint fast eine Voraussetzung für das "Funktionieren" des alten Systems zu sein. Intransparenz als Mittel zum Zweck, Belastungen in die Zukunft zu verschieben und/oder vor den Begünstigten und den Belasteten (die ja teilweise identisch sind, ohne dies bemerkt zu haben) zu verschleiern als (bewusste oder unbewusste) Strategien, den unausweichlichen Zusammenbruch zu kaschieren und hinauszuschieben. Der Psychologe würde in diesem Zusammenhang wahrscheinlich von Vermeidungsstrategien, von selektiver Wahrnehmung und partieller Ausblendung der Realität sprechen.

Die sozialen Sicherungssysteme können analog der Kfz-Haftpflichtversicherung als Pflichtversicherung gestaltet werden (jeder Bürger **muss** eine Basis-Krankenversicherung, eine Basis-Pflegeversicherung und eine Basis-Rentenversicherung nachweisen, ohne dass ihm Vorschriften gemacht werden, wo. Die Beiträge legt der Gesetzgeber anhand des zu versteuernden Einkommens des Versicherten als Prozentsatz fest.. Darüber hinaus wird jedem Bürger nahegelegt, sich in den drei genannten Bereichen entsprechend seinen tatsächlichen Bedürfnissen zuzusichern (analog Kasko-, Rechtsschutz- und Insassenunfallversicherung beim Kfz; Beitragsberechnung hier durch den Versicherer). Ob die Arbeitslosenversicherung als Pflicht- oder als freiwillige Versicherung ausgestaltet werden soll, ist mehr oder weniger eine politische Entscheidung. Die Sozialversicherungsbeiträge werden ausschließlich von den Bürgern gezahlt, Arbeitgebern wird für eine Übergangsphase (von vielleicht fünf bis zehn Jahren, degressiv

gestaffelt) die gesetzliche Pflicht auferlegt, ihren Arbeitnehmern eine Pauschale in Höhe von anfangs 50 % der durchschnittlichen Beitragshöhe zu den drei Basis-Pflichtversicherungen zusätzlich zum Lohn auszus zahlen.

Durch die degressive Ausgestaltung und die zeitliche Befristung dieses "Arbeitgeber-Sozialversicherungszuschusses" ist ein Sinken der Lohnnebenkosten (und damit der Personalkosten) vorprogrammiert. Ein Teil des Rationalisierungsdrucks ist damit on den Unternehmen genommen, und der unausweichliche Arbeitsplatzabbau wird zeitlich gestreckt und damit sozialverträglicher gestaltet.

Anmerkungen zur Intergenerationen-Solidarität

Das bestehende System der Gesetzlichen Altersversorgung (Rentenversicherung) trägt zwar den Beinamen "Generationenvertrag", tatsächlich ist es jedoch alles andere als dies. Die eine Vertragspartei war zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses 'Generationenvertrages' noch gar nicht auf der Welt; faktisch handelt es sich um einen Vertrag zu Lasten Dritter. Solche Verträge sind aus rechtsstaatlicher Sicht aus gutem Grund nicht zulässig. Die beiden Vertragsparteien (aktive Erwerbstätige und Rentner) haben den Vertrag auch nicht freiwillig geschlossen und befanden sich bei Vertragsabschluss beileibe nicht auf Augenhöhe: Beide mussten in der Vergangenheit wiederholte politisch motivierte Veränderungen hinnehmen, die aktiven Erwerbstätigen wissen allenfalls, dass sie mit ihren satten Beiträgen, die sie heute zahlen, sich keineswegs das Recht auf eine lebensstandard-sichernde Altersversorgung erwerben. Obwohl inzwischen fast Jedem die dringende Notwendigkeit der zusätzlichen individuellen Altersvorsorge bewusst sein dürfte, lässt das erreichte Abgabenniveau den meisten Beitragszahlern überhaupt keinen finanziellen Spielraum hierfür. Und die Stabilität der Zukunftserwartungen (Stichworte Arbeitsplatzsicherheit, künftige Steuer- und Wirtschaftspolitik) ist nach Jahren des stop-and-go ebenfalls nicht dazu angetan, ausreichende Zukunfts- und Altersvorsorge zu induzieren. Schließlich kommt den von Hartz IV Betroffenen es wie Hohn und Spott vor, wenn die Politik nachdrücklich die Notwendigkeit zusätzlicher privater Altersvorsorge betont und gleichzeitig von dem Alg-II-Antragsteller die Auflösung privater Lebensversicherungspolice n und die Konsumption dieser Erträge vor der Alg-II-Gewährung einfordert.

Andere gesellschaftliche Gegebenheiten stellen ebenfalls flagrante Verletzungen des Gebotes der Intergenerationen-Solidarität dar: Eine ausufernde Staatsverschuldung nimmt nicht nur der gegenwärtigen Politik einen Großteil ihrer Gestaltungsspielräume, sondern bürdet zur Finanzierung gegenwärtigen Konsums den zukünftigen Generationen die Hypothek des Kapitaldienstes auf, die in absehbarer Zeit dazu führt, dass der Staat sämtliche Gestaltungsspielräume verloren hat, wenn alle Staatseinnahmen für Kapitaldienst, Pensionen und Personalkosten des öffentlichen Dienstes und zur

Wahrnehmung internationaler und supranationaler Verpflichtungen aufgewendet werden müssen.

Und schließlich werden zukünftige Generationen um des Konsums der Gegenwart willen in ihren Möglichkeiten beschränkt, ein gesundes Leben in einer intakten Umwelt zu führen.

Um dem Ziel der Intergenerationen-Gerechtigkeit ein Stück näher zu kommen und uns somit solidarisch gegenüber den kommenden Generationen zu verhalten, sind die angesprochenen Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem (bezahlbare und sichere Altersvorsorgesysteme, rigorose Besteuerung besonders ressourcen- und umweltverbrauchender Wirtschaftsaktivitäten im Konsumbereich) dringend erforderlich, aber mit Sicherheit nicht hinreichend. Ebenso muss den öffentlichen Händen eine striktere Ausgabendisziplin, eine Rückführung der öffentlichen Verschuldung und eine gesetzliche Vorkehrung gegen neuerlich explodierende öffentliche Defizite abverlangt werden.

Außerdem verdient die Überlegung Erwähnung, den Eltern minderjähriger Kinder zusätzliche Stimmrechte zu geben, da auf diese Art die Berücksichtigung der Interessen zumindest der bereits geborenen Angehörigen kommender Generationen im politischen Prozess ein kleines bisschen mehr gewährleistet wäre.

Eine letzte kurze Anmerkung zur Familienpolitik: Der Adenauer-Satz "Kinder werden immer geboren, Familienpolitik ist daher unnötig" ist erkennbar in der Gegenwart nicht mehr gültig. Aber eine familienfreundlichere Gesellschaft ist weniger eine Sache der (Familien-) Politik, sondern vielmehr eine mentale Frage. Wenn per Gerichtsentscheid eine Kindertagesstätte geschlossen wird, weil sich Anwohner über die Lärmbelästigung beschweren, dann ist die Frage nach den gesellschaftlichen Prioritäten berechtigt. Insofern würde eine positive Beantwortung der eben gestellten 'Stimmrechts-Frage' zwar keine fundamental andere Familienpolitik auslösen, aber doch das unübersehbare Signal setzen, dass es den politisch Verantwortlichen ernst ist mit der Aussage "Kinder sind unsere Zukunft", die leider in weiten Kreisen der Gesellschaft als Sonntagsphrase verstanden wird. Daher könnte vielleicht eine dementsprechende Änderung des Wahlrechts zur Initialzündung eines Umdenkungsprozesses werden.



Ausblick: Wie kann ein solches Mammutprogramm umgesetzt werden?

Optimal wäre selbstverständlich die Umsetzung von vornherein auf supranationaler Ebene. Gleichwohl sind die Realisierungschancen auf europäischer Ebene gering. Wahrscheinlicher ist die Umsetzung, wenn eine bedeutende Volkswirtschaft wie die deutsche dieses Umgestaltungsprogramm umsetzt und dann auf die Sogwirkung in anderen Ländern vertraut wird.

Die hier skizzierte Umgestaltung darf nicht im parteipolitischen Gezänk zerrieben werden. Wir haben nicht mehr sehr viele Chancen, unsere Zukunft eher positiv zu gestalten. Wenn nicht das Richtige und Notwendige getan wird, und zwar schnell und entschlossen, dann besteht die wachsende Gefahr, dass eher die dunklen und unschönen Facetten der Zukunft sich manifestieren werden. Ein "weiter so, Deutschland" mit Konsens auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner darf es nicht geben, wenn wir nicht Zukunftschancen leichtfertig verspielen wollen.

Wenn es also auch wünschenswert und notwendig erscheint, angesichts des Ausmaßes der zukünftigen Herausforderungen Parteipolitik in den Hintergrund treten zu lassen, so darf diese Analyse die Augen nicht vor realpolitischen Tatsachen verschließen.

Nach der Wahl am 18. September wäre in Deutschland die historische Chance gegeben, dass die Bundesregierung einer Großen Koalition sich auch einer breiten Mehrheit im Bundesrat erfreut. Eine Umsetzung auch schmerzhafter, auch unpopulärer Maßnahmen erschiene damit möglich. Aber die ersten Wochen der Sondierung dieser Großen Koalition lassen eigentlich keinen Spielraum mehr für optimistische Erwartungen: Die Art und Weise, wie sich alle beteiligten Parteien zuerst um die eigenen Pfründe und dann in zweiter Linie um regionalen und föderalen Proporz bemüht haben und erst in dritter Priorität die Inhalte und Felder möglicher kooperativer Regierungsarbeit untersuchen und festlegen wollen – und sich dabei immer noch allfälliger Partei- und Gruppenegoismen gegenübersehen – lassen für die bevorstehende Legislaturperiode eher Schlechtestes erwarten. Jegliche Parteienverdrossenheit, die ich eingangs konstatiert habe (und die wie gesagt von Parteipolitikern und -strategen gern fälschlich als "Politikverdrossenheit" apostrophiert wird) erhält so Bestätigung und neue Nahrung. Parteipolitiker jeder Couleur zeigen jedem Betrachter der Szenerie, dass sie nicht in der Lage und vielleicht auch nicht willens sind, die wirklichen Probleme mit Nachdruck entschlossen anzugehen. Der unvoreingenommene Betrachter kann zu dem Eindruck gelangen, die Parteien hätten sich den Staat zur Beute gemacht (statt ihrem Verfassungsauftrag gemäß an der Willensbildung des Volkes in herausgehobener Weise mitzuwirken) und stritten sich jetzt nurmehr um die Verteilung dieser Beute. Parteiprominente jeglicher Couleur erwecken den Eindruck, über die Stimmen der gewählten Mandatsträger "ihrer" Fraktion zu



verfügen, als handle es sich nicht um frei gewählte und laut Verfassung nur ihrem Gewissen verpflichtete Abgeordnete, sondern um ihre eigenen Leibeigenen.

Das ganze Szenario gibt wenig Anlass zum Optimismus und lädt ein, sich auf eine Legislaturperiode des Stillstands statt der mutigen und zukunftsweisenden Reformen, auf eine permanente Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner statt der Realisierung kühner Zukunftsentwürfe und auf ständiges parteipolitisch motiviertes Gezänk einzustellen statt auf eine offensive Nutzung der Potenziale einer Großen Koalition und gesellschaftspolitische Durchbrüche.

Sollte diese pessimistische Prognose sich doch nicht bewahrheiten und das dringend erforderliche Umgestaltungsprogramm doch in Angriff genommen werden und sollten dann wie in einem solchen Fall zu erwarten buchstäblich alle Interessengruppen und Lobbies schmerzvoll und wütend aufheulen, so wäre dies in meinen Augen ein Indiz dafür, dass dieses gesellschaftliche Umgestaltungsprogramm die unausweichlichen Lasten relativ gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen verteilt. Wenn einzelne Interessenvertreter hingegen das Programm begrüßen sollten, so würde dies bei mir Skepsis hervorrufen, die Lasten eben nicht annähernd gerecht verteilt zu haben.

Ich halte eine Umgestaltung unserer Gesellschaft für zwingend notwendig, um unser Gemeinwesen zukunftsfest zu machen und in den Stand zu versetzen, alle Bürger bei der Bewältigung der bevorstehenden Umbrüche mitzunehmen. Ich freue mich sehr darauf, mit den Lesern dieser Ausführungen in eine Diskussion einzutreten über den konkreten Weg. Und ich möchte alle, die mir zustimmen und alle, die mir widersprechen, bitten, mir ihre Kommentare, Anregungen etc. mitzuteilen – per eMail unter schwellenbach@ms-consult.info.

Uns allen wünsche ich den erforderlichen langen Atem, die notwendige Beharrlichkeit und ein glückliches Händchen bei der Umsetzung des als Notwendig Erkannten – um unserer Gesellschaft und insbesondere um unserer Kinder, Enkelkinder etc. willen. Meistern wir den anstehenden Wandel, sonst "meistert" er uns. Vor uns liegt entweder ein "Goldenes Zeitalter", in dem unsere Bürger sich frei von materieller Not entfalten und verwirklichen können, oder eine lange Periode schwerer sozialer Verwerfungen und Auseinandersetzungen zwischen den (immer weniger) Arbeitsplatzbesitzern und der wachsenden Zahl sozialer Habenichtse. Noch haben wir die Wahl zwischen den beiden Visionen, aber die Zeit wird knapp.